

Die gemeinsame AU-EU-Afrika-Strategie aus Sicht der Parlamente

Europa und Afrika stehen gemeinsam vor gewaltigen Herausforderungen. Diese umfassen Fragen der Sicherheit, der Migration, der Energie und des Klimawandels, die Arbeitsbekämpfung und wirtschaftliche Entwicklung, die Stärkung demokratischer Institutionen und Prozesse sowie die Achtung der Menschenrechte. Auch China und sein steigender Einfluss auf die Weltwirtschaft und in Afrika fordern uns auf beiden Seiten heraus.

Das im Dezember stattfindende Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Afrikanischen Union (AU) und der EU in Lissabon bietet für beide Seiten große Chancen, die Weichen in die Zukunft pragmatisch und partnerschaftlich zu stellen.

Trotz aller politischen Kontroversen im Vorfeld ist es für beide Seiten von zentraler Bedeutung, dass dieser Gipfel erstmals seit dem Treffen in Kairo im Jahr 2000 stattfindet: Zu wichtig sind unsere beiden Kontinente füreinander, zu groß sind die gemeinsamen Herausforderungen, zu wichtig ist die Erfüllung unserer gemeinsam gesteckten Ziele, als dass wir uns diese lange Phase des "Schweigens" weiter leisten können. Einseitiges Handeln, wie die Europäische Kommission in ihrer vergangenen Afrika-Strategie aus dem Jahr 2005 unter Beweis gestellt hat, führt zu nichts. Das Papier ignorierte weitestgehend die Institutionen der AU, die afrikanischen Regierungen und Parlamente, ebenso wie lokale Behörden und die Zivilgesellschaft auf beiden Seiten.

Die Gemeinsame Strategie AU-EU, die in Lissabon verabschiedet werden soll, geht in vielen Bereichen auf diese Schwachstellen ein. So ist beispielsweise die Stärkung der

politischen und wirtschaftlichen Integration der AU zentraler Punkt der Strategie.

Ein wichtiger Ansatzpunkt, denn Afrika wird nur über den Weg der Integration in Zukunft seine wirtschaftlichen und politischen Potenziale abrufen können. Integration, das bedeutet Frieden und Zusammenarbeit durch Bündelung von Souveränität in der AU-Kommission in Addis Abeba. Die Mitgliedstaaten der AU müssen - zu gegebener Zeit und unter institutioneller Berücksichtigung der regionalen Vielfalt des Kontinents - Gesetzgebungskompetenzen auf die AU übertragen. Weder eine inner-afrikanische Freihandelszone, noch eine Zollunion, ein gemeinsamer Arbeitsmarkt oder ein afrikanischer Binnenmarkt werden ohne vergemeinschaftliche Kompetenzen effektiv funktionieren können.

Europa ist bereit hier seine Erfahrungen einzubringen und unseren Partnern auf ihrem Weg Unterstützung geben. Der neue "sustainable continent-to-continent-approach" der Gemeinsamen Strategie trägt dieser Sache aus europäischer Sicht Rechnung. Darüber hinaus haben die Kommissionen von AU und EU ein "institutional capacity building programme" für die Kommission der AU beschlossen.

Sowohl das Europäische Parlament (EP) als auch das Pan-Afrikanische Parlament (PAP) haben diese Ansätze im Vorfeld des Gipfels ausdrücklich begrüßt.

In der Frage der Integration stehen aber auch die afrikanischen Entscheidungsträger in der Pflicht, die in Reden immer wieder geäußerten Versprechungen von besserer

BONN

MICHAEL GAHLER MDEP
STELLV. VORSITZENDER DES
AUSWÄRTIGEN AUSSCHUSSES

30. November 2007

www.kas.de

inner-afrikanischen Kooperation auch endlich in handfeste Politik umzusetzen!

Im Mittelpunkt des politischen Handelns auf beiden Kontinenten müssen immer die Menschen stehen. EP und PAP begrüßen daher den in der Strategie zum Ausdruck gebrachten Willen die Partnerschaft als eine "broad-based and people-centred partnership" anzulegen, die "permanent platforms for information, participation and mobilisation" zwischen Zivilgesellschaft, Institutionen und lokalen Stakeholdern auf beiden Seiten vorsieht.

Parlamente als legitimierte Repräsentanten der Bevölkerung ermöglichen den Austausch zwischen Staat und Gesellschaft, sowohl innerhalb eines Landes, als auch zwischen verschiedenen Staaten. Auch dieser Aspekt sollte in den "people-centred approach" der Gemeinsamen Strategie mit einfließen. EP und PAP haben daher kritisiert, dass das Papier keine Referenz auf die Rolle der Parlamente in diesem Prozess enthält.

Um erfolgreich zu sein, muss unsere Partnerschaft auch auf einer gemeinsamen Vision, auf gemeinsamen Werten und Prinzipien aufbauen. Diese sind Frieden, Sicherheit sowie wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt. Eng verknüpft hiermit ist die Stärkung von Demokratie, die Beachtung der Menschen- und Grundrechte, sowie gute Regierungsführung. Ohne diese Grundvoraussetzungen werden die Entwicklungsziele nicht erreichbar sein und unsere geleistete Entwicklungshilfe auch weiterhin zu einem beachtlichen Teil verpuffen.

Auch hier kommt Parlamenten eine zentrale, jedoch in der Strategie völlig unzureichend formulierte Rolle zu:

Gute Regierungsführung ist Grundbedingung für effektive Entwicklungshilfe. Freigewählte, selbstbewusste Parlamente, unabhängige Rechnungshöfe, freie Presse und eine aktive Zivilgesellschaft wiederum sind Grundbedingungen für gute Regierungsführung.

Auch wir Europäer haben handfeste Interessen an einer effektiven Verwendung unserer

Gelder und gerade aus diesem Grund ein ebenso großes Interesse an mündigen, effektiven demokratischen Institutionen in unseren Partnerländern.

Denn: Parlamente und demokratische Institutionen machen eigenverantwortlich. Durch gestärkte eigene, inländische Institutionen geäußerte Kritik würde in Afrika besser angenommen, als der notorisch gehobene Zeigefinger der Gebergemeinschaft.

Um die effektive Verteilung unserer Entwicklungsgelder zu unterstützen, müssen wir also die Parlamente als Kontrollorgane stärken. Dies ist ein bislang weitestgehend übersehener Punkt.

Um nicht nur demokratisches Alibi, sondern aus ihrer Legitimation heraus auch wirkliche Entscheidungsträger sein zu können, müssen die institutionell mit Budgetrecht und Rechten zur Haushaltskontrolle ausgestatteten Parlamente effektiv arbeiten. Haushaltsentscheidung und -kontrolle sind Aufgaben von höchster Verantwortung und Wichtigkeit und müssen auch in Afrika aus Verantwortung gegenüber den Bürgern, den Zivilgesellschaften und kommunal Verantwortlichen kompetent wahrgenommen werden. Dies ist für effektive, demokratisch-legitimierte und finanziell verantwortliche Implementierung von Politik unabdingbar.

Auch die von der EU vermehrt geleisteten Haushaltshilfen an afrikanische Partnerländer müssen in diese demokratischen Überwachungs- und Kontrollprozesse eingebunden werden. Nur in afrikanischer Eigenverantwortung lässt sich nachhaltig und langfristig garantieren, dass beispielsweise soziale Dienste nicht unterfinanziert werden und wir die Chance auf Realisierung der Entwicklungsziele wahren. Starke Parlamente gewährleisten diese Eigenverantwortlichkeit.

Wie aber können wir das angesichts der großen Probleme der Parlamente und Institutionen in Afrika von unseren Partnern verlangen?

Die meisten Parlamente in Afrika werden bislang weitestgehend von ihren Regierungen, wie auch der internationalen Gemein-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BONN

MICHAEL GAHLER MDEP
STELLV. VORSITZENDER DES
AUSWÄRTIGEN AUSSCHUSSES

30. November 2007

www.kas.de

schaft missachtet und fristen, obwohl durch die Verfassungen mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet, leider in den meisten Staaten ein Schattendasein. Auch unsere europäischen Regierungen machen hier keinen Unterschied. Sie kommunizieren fast ausschließlich über ihre Botschaften und die Delegationen der Europäischen Kommission mit den Regierungen und nehmen Parlamente und Parteien viel zu wenig wahr.

Die Parlamente Afrikas tagen selten, sind in Verwaltung, Ausschuss- und Fraktionssekretariaten erschreckend unterbesetzt, von Abgeordnetenbüros, sofern überhaupt vorhanden, ganz zu schweigen. Es fehlt allzu häufig an Räumlichkeiten und technischer Ausstattung. Als Konsequenz ergibt sich, dass die Parlamente wenig Fachkompetenz aufweisen können. Dies trifft in gleicher Weise auch auf andere Kontrollorgane, wie Rechnungshöfe zu.

Wir müssen also endlich in die Stärkung der Parlamente und demokratischer Institutionen in Afrika investieren. Zu wenig sieht der Aktionsplan Zuwendungen und spezifische finanzielle Mittel für das PAP, sowie regionale und nationale afrikanische Parlamente vor. Auch sollte über finanzielle Unterstützung für Trainingsprogramme für Abgeordnete und ihre Mitarbeiter nachgedacht werden. Hier ist also was "capacity building" angeht noch Einiges zu leisten.

Diese grundsätzliche Haltung wurde bereits in den Verhandlungen zur Strategie deutlich: EP und PAP wurden bei den Verhandlungen nicht ausreichend konsultiert und eingebunden. Beide Häuser haben dies kritisiert und werden die Strategieziele und die Aktionspläne regelmäßig auf ihre Implementierung hin kontrollieren.

Ein positives Zeichen für die Anerkennung der Rolle der Parlamente ist sicher die Einladung der Präsidenten des EP und PAP, Pöttering und Mongella, zum Gipfeltreffen in Lissabon. Sollte also die Erkenntnis, dass Parlamente stärker in die Prozesse eingebunden werden müssen nach Lissabon weiter reifen, wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung getan.

Das politische und wirtschaftliche Engagement Chinas in Afrika muss weiterhin mit großer Aufmerksamkeit betrachtet werden. Die Ausbeutung der Rohstoffe Afrikas und deren Reimport in Form von Billigprodukten nach Afrika berauben die Afrikaner eigener Entwicklungs-, Produktions- und Diversifizierungspotenziale.

Auch schafft China durch viele seiner Investitionen keine Arbeitsplätze, da meist chinesische Arbeiter mitgebracht werden. Darüber hinaus konterkarieren die Kredite, die China an afrikanische Staaten vergibt, die Entschuldungspolitik der Gebergemeinschaft.

Auch politisch ist das Verhalten Chinas sowohl Herausforderung als auch Versuchung für die afrikanischen Staaten: Die neuen Geschäftspartner erscheinen vielen Machthabern als attraktiv, fallen doch die "lästigen" Forderungen der Europäer nach Menschenrechten und guter Regierungsführung weg.

Afrikanische Staaten stehen dadurch in der Gefahr in neue Abhängigkeiten zu geraten, die durchaus als Neo-Kolonialismus bezeichnet werden können.

Wir müssen daher gemeinsam als AU und EU an Lösungen für diese Herausforderungen arbeiten und mit China in einen wie auch immer ausgestalteten "Trilog" eintreten, auch im Rahmen internationaler Organisationen, wie der WTO.